

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Einzelnummer 300 M.

Mit Berliner Familien-Zeitung
Moden-Zeitung Sport-Zeitung
Film-Zeitung Haus u. Garten-Zig
Techn. Zeitung Witzblatt „U.K.“



Er erscheint täglich zweimal Sonntags, Festtagen, Feiertagen einmal. Abonnementspreis einschließlich zweimonatlicher Zustellung durch die Postämter M. 2800.— wöchentlich im Voraus zahlbar. Abonnementspreisbehalten während der Postzeit vorbehalten. Im Falle höherer Gewalt oder ähnlicher Unfälle ist keine Haftung. Inserentenpreis die 12 Spaltenzeile M. 600.—. Adressänderungen sind nur bei schriftlicher Mitteilung an den Verlag zulässig. Haupt-Redaktion: Berliner Volks-Zeitung, Postfach Nr. 627 bis 630. — Radolf Noze-Code. — Filialen: Moritz-Frankfurter Allee 146. — Große Frankfurter Straße 161. — Großsiedler-Frankfurter Allee 146. — Schaubauer Allee 146. — Schillerpark 4. — Rheinberger Straße 79. Fernstr. 135. Ballustr. 61. Köpenicker Str. 12. — Druckerei: Otto Muschke.

Verleger: Rudolf Mosse, Berlin S.W. — Druck: Druckhaus „König“ Berlin S.W. — Vertrieb: Berliner Volks-Zeitung, Postfach Nr. 627 bis 630. — Adressänderungen sind nur bei schriftlicher Mitteilung an den Verlag zulässig. Haupt-Redaktion: Berliner Volks-Zeitung, Postfach Nr. 627 bis 630. — Filialen: Moritz-Frankfurter Allee 146. — Große Frankfurter Straße 161. — Großsiedler-Frankfurter Allee 146. — Schaubauer Allee 146. — Schillerpark 4. — Rheinberger Straße 79. Fernstr. 135. Ballustr. 61. Köpenicker Str. 12. — Druckerei: Otto Muschke.

Dollar: 135,593

Im Reichsfinanzministerium wird die Schaffung einer neuen Hunderttausendmark-Münze vorbereitet. Zum 1. August sollen die Parkgebühren schon wieder erhöht werden. Im belgischen Gebiet ereigneten sich wieder schwere Eisenbahnunfälle. Der Reichstag stimmte in seiner gestrigen Sitzung einer Reihe von Gesetzen zu. Der Reichspräsident hat der deutschen Schlichter-Delegation eine Million Mark überwiesen. Die dröseligen Gewerkschaften des allerbsteigsten Gebietes geben eine Erklärung für die Reichseinkommensteuer und gegen die Verstaatlichung des Reichs im Ruhrgebiet ab.

Die Pariser Bedingungen

Deutschland und die französischen Forderungen — Die Frage nach den Gegenleistungen Keine Bemühungen der Reichsregierung um neutrale Vermittlung

Berlin, 21. Juni. (V. P. N.) Zu der Meldung der „Weltminister Gazette“ über die französische Antwort auf den englischen Fragebogen haben wir folgendes über den Standpunkt der deutschen Regierung, den sie auch heute noch einnimmt: Die deutsche Regierung hat in ihrem Memorandum die weiteren Garantien angeboten, die der politischen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands nach überhaupt möglich waren. Weiterzugehen ist für Deutschland einfach unmöglich, ganz besonders aber auch in der Forderung nach einem interalliierten Regime der Rhein- und Ruhrbahnen. Gegenüber der Frage der Umwandlung der militärischen Besetzung des Ruhrgebietes in eine „friedliche technische Aufsicht“ steht die deutsche Regierung auf dem Rechtsstandpunkt, daß der französisch-belgische Grenzschutz im Ruhrgebiet rechtmäßig ist und bleibt und daß es eine sekundäre Frage ist, ob Frankreich mit einigen Divisoren oder mit einigen Regimentern im Ruhrgebiet bleibt. Selbstverständlich ist für jede Verhandlung die Freilassung sämtlicher Verhafteten und Bewurteilungen und die Rückkehr der Ausgewiesenen zu ihren Wohnstätten unbedingte Voraussetzung. Außerdem enthält die französische Antwort auf den englischen Fragebogen in ihrer Wiedergabe nach der „Weltminister Gazette“ nahezu keine Neuierungen über Frankreichs Gegenleistung gegenüber den Forderungen, die es an Deutschland stellt.

lichen Verhandlungen, die kaum einen entscheidenden Charakter haben können, solange die Ministerkrise in Belgien andauert, befehlt man sich mit den Instruktionen, die dem Grafen E. Lulajre, dem französischen Vorkommissar in London, gegeben werden sollen und die es ihm ermöglichen, die Unterhandlungen mit Lord Curzon fortzuführen und so auf die von der englischen Regierung gestellten Fragen antworten zu können. Aus dem bisherigen Verlauf geht deutlich hervor, daß Belgien mit Frankreich im großen und ganzen aber die zu erwartende Antwort einig ist. Frankreichs Bedenken sind weiterhin mit der Einstellung des deutschen Währungsproblems und mit dem Regime, das später im Ruhrgebiet einzuführen ist, verbunden, die sehr eingehend sind, jedoch nach nicht werden zu sein, und es wäre zweifellos verfrüht, die praktischen Schlussfolgerungen zu ziehen, die der französische Vorkommissar in London darzulegen in der Lage sein wird.

Danach ist anzunehmen, daß der französische Vorkommissar in London zunächst nur in großen Zügen auf den englischen Fragebogen mit Antworten kommen. Die weiteren Verhandlungen werden auch weiterhin schwieriger Natur sein und je nach dem Verlauf von der belgischen Kabinetskrise stark beeinflusst. Obwohl die englische Regierung eine Lockerung der interalliierten Verhandlungen wünscht, hat, wie aus gut informierten englischen Kreisen mitgeteilt wird, das Bonaparte-Kabinett in Paris anfragen lassen, man um mit eigenen französischen Antworten zu rechnen. Die belgische Antwort auf den englischen Fragebogen ist dem französischen Kabinett durch die letzten Mitteilungen der belgischen Regierung möglich sei.

Keine Einigung in Brüssel

Brüssel, 21. Juni. (Co.) Die Ministerkrise hat nach keine Lösung gefunden. Die liberalen Linken der Kammer und des Senats sind zu einer Sitzung zusammengetreten und haben sich zu bestimmten Konzeptionen bereit erklärt, um die Bildung des Kabinetts zu ermöglichen. Sie halten aber nicht daran fest, daß die Center-Universität zweifelsfrei aufgebaut werden und daß die Spracheneinheit in der Armee aufrechterhalten werden. Die wichtigsten Verbände haben heute nachmittags eine Sitzung abgehalten. Die Ausfertigung der Kabinettsbildung werden weiterhin als ungünstig bezeichnet.

Die Rathenau-Feier im Reichstage

Die Kranzniederlegung in Oberhörnweide. Die am Sonntag, mittags 12 Uhr, im Plenarsaal des Reichstags stattfindende Gedenkfeier des Deutschen Republikanischen Reichsbundes für Walther Rathenau weist folgendes Programm auf: Ansprache: Konrad Bäcker, als Vertreter des Präsidiums des D. R. K. B., Gedächtnis: Reichsminister a. D. Dr. Brüch, M. D. L., Regitation: Heinrich George vom Deutschen Theater. Frig. v. Arnshof spricht persönlich eine für diesen Tag verfasste eigene Dichtung. Aufstuf und Beifall gegen Darbietungen aus Beethoven's, Schubert's und Schubert's Werken durch Mitglieder des Pflanzschulischen Orchesters unter Leitung von M. v. d. Berg. Der Feier werden zahlreiche Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, des diplomatischen Corps, der Parlamente und der führenden Wirtschafts- und Kulturorganisationen beiwohnen. Im Anschluß an die Reichstagsfeier erfolgt am 3 Uhr nachmittags eine Kranzniederlegung am Grabe Rathenaus in Oberhörnweide.

Die Besprechungen St. Aulaires mit Curzon

Paris, 21. Juni. (Co.) Der „Emp“ veröffentlicht folgende offizielle Notiz: Der belgische Vorkommissar in Paris, Cailliet de Colroy, der seitens dem Direktor der belgischen Abteilung des Quai d'Orsay drei Besprechungen gehabt hatte, wird voraussichtlich heute abend von Poincaré empfangen werden. In diesen französisch-belgischen mündlichen Besprechungen hat sich über Berlin melden lassen, daß deutschseits bereits Erörterungen eingeleitet worden seien, um direkte Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich zu bringen; ein neutrales Land würde als Vermittler dienen. Von zusätzlicher Seite wird mitgeteilt, daß die Nachricht des „Daily Telegraph“ in allen ihren Einzelheiten unrichtig ist.

Die neue Stützungsaktion

Ein Bericht des Wirtschaftsministers. Die Besprechungen zwischen dem Reichswirtschaftsministerium und Sachverständigen aus den Kreisen der Bankwelt und der Wirtschaft, die jedoch, wie die „P. V. N.“ melden, lediglich antizipatorischen Charakter haben, sind auch am Donnerstag fortgesetzt worden. Ueber die Besprechungen selbst und ihr Ergebnis wird der Reichswirtschaftsminister dem Reichskabinett einen Brief unterbreiten, mit dem sich die Reichsregierung heute oder morgen beschäftigen wird. Bis jedoch auf Grund dieses Berichtes eine endgültige Stellungnahme des Gesamtkabinetts erfolgt ist, sind noch keine Beschlüsse zu erwarten. Eine Erhöhung jagt die andere. Wie der Gen. von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, sind im Reichspostministerium bereits wieder Beratungen im Gange bezüglich einer weiteren Erhöhung der Post-, Fernsprech- und Telegraphengebühren, die spätestens am 1. August in Kraft treten sollen. Ueber das Ausmaß der Erhöhung steht noch nichts Endgültiges fest.

Endlich Beginn des Ehrhardt-Prozesses

Reipzig, 21. Juni. (Co.) Der Termin für den Ehrhardt-Prozess vor dem Landgericht ist bis jetzt unklar geblieben. Es ist aber damit zu rechnen, daß der Prozeß nach vor den Gerichtstagen, wahrscheinlich am 9. Juli oder wenige Tage später, beginnen wird.

Um den wertbeständigen Lohn

Die Vorschläge des Afa-Bundes zur Sicherung des Reallohnes — Forderungen an die Gesetzgebung Fortdauer der Gewerkschaftskämpfe.

Das Problem der Sicherung der Wertbeständigkeit des Arbeitseinkommens, das unter der Parole „Goldlöhne“ zur aktuellen Tagesfrage geworden ist, tritt jetzt in dem Stadium der praktischen Lösungsversuche. Der Allgemeine freie Angestelltenbund (Afa-Bund) hat den Anfang gemacht. Nach weitläufigen Erörterungen des Afa-Vorstandes mit Sachverständigen trat gestern der Bundesausschuß gemeinsam mit dem Bundesvorstand zu einer abschließenden Beratung zusammen, von der allen angehörenden Organisationen und Berufsgruppen der Angestellten befristet war. Auf seiner Sitzung über „Wirtschaftliche Lage, Währungsverhältnisse und Lohnfrage“, nach lebhafter Aussprache wurde beschlossen, folgende Rundgebung an Regierung und Legislative zu richten.

Hierfür stellt der Afa-Bund folgende Richtlinien auf:

1. Ausgangspunkt der Lohnfestsetzung Als erster Schritt ist das weitere Sinken des Arbeitseinkommens durch Geldentwertung zu verhindern. Hierzu wird empfohlen: Ausgangspunkt aller Lohnverhandlungen ist vorerst der tariflich festgesetzte Lohn. Welcher Monat dieses oder eines früheren Jahres dabei zur Grundlage zu nehmen ist, bestimmt je nach dem Preisverhältnis der einzelnen Waren. Der Grundlohn wird jeweils für die Dauer des tariflichen Lohn- oder Gehaltsabkommens neu vereinbart.
2. Sicherung der Wertbeständigkeit des Arbeitseinkommens a) Die während der Tarifperiode eintretende Veränderung der Kaufkraft ist durch geeignete Zuschläge zum Grundlohn auszugleichen. Diese Zuschläge haben nach einem der Geldentwertung entsprechenden Anstieg zu erfolgen. b) Der Lebenshaltungsbinder (im wesentlichen auf den Kleinhandelspreisen aufbauend) bleibt bei schneller Veränderung der Wertschlüsse hinter den tatsächlichen Lebenshaltungsbinder zurück. Der Großhandelsbinder folgt im ganzen der Welt. Eine zeitliche Anpassung an die Geldentwertung folgt durch Verbindung der Abschätzung der zu erwartenden Veränderung, gelindert werden, etwa im Verhältnis der prozentualen Veränderung, welche in der eben vorhergehenden Lohnperiode eingetreten ist. c) Der Lebenshaltungsbinder des statistischen Reichsamts ist in seiner gegenwärtigen Gestalt nicht brauchbar, weil er sowohl in Warenarten und -mengen der notwendigen Lebenshaltung nicht entspricht, wie auch viel zu langsam zusammengefaßt und veröffentlicht wird. Der Afa-Bund fordert deshalb von der Reichsregierung die unverzügliche Abänderung des Index der Preise, daß keine Gefährdung der notwendigen Lebensverhältnisse des Arbeitseinkommens einschließlich eines gewissen kulturellen Mindestbedarfs entspricht, die Zahlen dem tatsächlichen Geldwert bei Preisveränderung entsprechen.

Der Afa-Bund hat die Ansicht aus der Papiermarkt folgen. Die einseitige Goldrechnung hat zur Stärkung des Engländerwertes auf Kosten der auf Papiermarkteinkommen gestellten Wirtschaften geführt. Dieser Zustand wurde verhärtet durch eine völlig verfehlte Finanz- und Währungspolitik, welche nicht nur die Leistung von Reichs- und Staatsausgaben durch fortschreitende Entwertung oder Verlust und Empfänger von Papiermarktschulden, sondern diese Inflationssteuer (Entziehung von Kaufkraft bei allen Besitzern von Papiermarktschulden) und zu gunsten aller Waren- und sonstigen Sachwertbesitzer erhöht und so weitgehend zu einer ungewollten Vermögensverteilung wirtschaftlichen Organisation geführt hat. Der Afa-Bund begrüßt es deshalb, daß der Vorstand des Afa-Bundes die Initiative ergreifen hat, um durch seine Reorganisation der gewerkschaftlichen Lohnpolitik wieder eine feste Grundlage für die Entwidlung des Reallohnens oder arbeitenden Volksschichten zu schaffen. Das zeit- und kraftverzehrende dauernde Verhandeln um ein Nachhaken der Löhne hinter der allgemeinen Geldentwertung muß abgelöst werden durch ein System der Sicherung der Wertbeständigkeit des Arbeitseinkommens.